



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Dr. Linus Förster, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Bernhard Roos, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

**Auf das Willkommen folgt die Integration: Für eine humane, verantwortungsvolle und vorausschauende Flüchtlingspolitik!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Bayerische Landtag dankt allen Beteiligten in Bayern für die freundliche und engagierte Aufnahme der Flüchtlinge in den vergangenen Wochen. Dieser Dank und große Respekt gilt den freiwilligen Helferinnen und Helfern und denen in den Hilfsorganisationen, den Polizistinnen und Polizisten und den Verantwortlichen bei Staat und Kommunen gleichermaßen. Bayern hat sich insgesamt von einer hilfsbereiten und großartigen Seite gezeigt.
2. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene und in Bayern mit Nachdruck dafür einzusetzen, die Integration für alle, die bei uns bleiben werden, substanziell und nachhaltig zu verbessern und den Zuzug von jenen, die keine Aussicht auf ein Verbleiben in Deutschland haben, verantwortungsbewusst zu begrenzen und die Verfahren zu beschleunigen.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Verantwortlichen im Bund und in Bayern schnell und substanziell reagiert haben. So ergaben die Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Asyl- und

Flüchtlingspolitik am 24. September 2015 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog.

4. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, mit einem Sonderprogramm für Bildung und Soziales auf die Herausforderungen zu reagieren, vor der Bayern infolge der weltweiten Fluchtbewegungen steht. Besonders sind die Vereinbarungen, die am 24. September 2015 auf dem Asylgipfel zwischen Bund und Ländern in Berlin getroffen wurden, auf Landesebene umzusetzen.

Das Sonderprogramm soll folgende Maßnahmen umfassen:

- **Beschleunigung der Verfahren:**  
Der Freistaat setzt unverzüglich die Vereinbarung vom 24. September 2015 um, die Ausländer- und Sozialbehörden sowie Verwaltungsgerichte personell so auszustatten, dass Asylanträge in angemessener Frist und rechtsstaatlichen Standards entsprechend bearbeitet werden können. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bayerischer Landesbehörden unterstützen nach Möglichkeit das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Unstrittig ist für uns das Recht auf individuelle Prüfung des Asylanspruchs.
- **Unterbringung:**  
Die Staatsregierung begleitet die Maßnahmen des Bundes durch Anstrengungen auf Landesbene, neue Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende zu schaffen. Die Staatsregierung erschließt leerstehende Landesimmobilien, um sie als Unterkünfte zu nutzen. Nicht sicherheitsrelevante bauliche Vorgaben werden großzügig gehandhabt. Städte und Gemeinden, die bisher wenige oder gar keine Asylsuchende aufgenommen haben, müssen ermutigt werden, ihrer Verantwortung nachzukommen.
- **Wohnungsbau:**  
Bayern muss zusätzlich zu den erhöhten Bundesmitteln für den Wohnungsbau ein Programm für 100.000 Wohnungen in den kommenden fünf Jahren auflegen. Um bezahlbare Wohnungen zu bauen, wird eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet. Ein großer Teil dieser Wohnungen steht Menschen zur Verfügung, die Wohnungsgeld beziehen, also nicht ausschließlich Asylbewerber und Flüchtlingen, sondern auch anderen einkommensschwachen Gruppen.
- **Frühkindliche Bildung:**  
Die Staatsregierung verwendet die an Bayern zugewiesenen Bundesmittel, die durch den Wegfall

- des Betreuungsgeldes entstehen, wie auf dem Flüchtlingsgipfel vereinbart für die Verbesserung der Kinderbetreuung. Darüber hinaus soll ein eigenes Landesprogramm das neue Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ ergänzen.
- **Schulische Bildung:**  
Über flächendeckende Clearingstellen werden jungen Flüchtlingen ihren Potentialen entsprechende Bildungsangebote und der richtige Förderort zugewiesen. Am Integrationsprozess werden alle Schularten gleichermaßen beteiligt: Neben Grund- und Mittelschulen bzw. Berufsschulen werden also auch Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Förderschulen einbezogen. Zur Unterstützung der schulischen Arbeit wird zusätzlich ein flexibel einsetzbares Lehrkräftekontingent bereitgestellt.
  - **Studium:**  
Anerkannte Flüchtlinge in Deutschland mit Wohnsitz in Bayern können, wie beispielsweise in Baden-Württemberg, mit Hilfe von Stipendienprogrammen ein Studium mit Bachelor- oder Masterabschluss an einer bayerischen Hochschule oder Fachhochschule aufnehmen bzw. fortsetzen. Das Stipendium umfasst auch studienvorbereitende Maßnahmen, wie z.B. Deutschkurse.
  - **Sprach- und Integrationskurse:**  
Das Angebot für Kinder und Erwachsene wird erheblich ausgebaut und leichter zugänglich. Mithilfe eines Qualifikationsprogramms werden Asylsuchende und hier lebende Migranten zu staatlich anerkannten Dolmetschern und Sprachlehrern ausgebildet. In Schulen können je nach den örtlichen Gegebenheiten eine Übergangsklasse, eine Deutsch-Förderklasse oder Deutsch-Förderkurse das Mittel der Wahl sein, um schnell Deutschkenntnisse zu vermitteln. Die Fördermittel des Landes für ehrenamtliche Sprachkurse werden deutlich erhöht.
  - **Psychologische Betreuung:**  
Die medizinische Grundversorgung muss insbesondere für Kinder und traumatisierte Erwachsene sichergestellt werden. Sowohl in Kitas als auch in Schulen brauchen wir mehr Fachleute wie Schulpsychologen, Heilpädagogen und Sozialpädagogen. Traumapädagogische Weiterbildungen für Betreuungs- und Lehrpersonal sind ebenfalls zu fördern.
  - **Gesundheitsversorgung:**  
Der Bund stellt den Ländern frei, wie sie die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern organisieren. Die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerber gewährleistet einen schnellen und unbürokratischen Zugang zur ärztlichen Versorgung und entlastet die Kommunen vom Verwaltungsaufwand. Daher wird sie auch im Freistaat eingeführt. Der Aufbau von Ärz-
- tezentren in den Erstaufnahmeeinrichtungen wird beschleunigt.
  - **Asylsozialberatung:**  
Für die Unterstützung der Flüchtlinge und Asylsuchenden ist ein umfassendes Beratungs- und Betreuungsangebot ebenso nötig wie für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Förderung durch den Freistaat wird erheblich aufgestockt, um einen angemessenen Betreuungsschlüssel zu erreichen und den Eigenanteil der Träger nicht ins Unermessliche steigen zu lassen.
  - **Arbeitsmarkt:**  
Berufliche Qualifikationen der Asylbewerber und Flüchtlinge müssen zügig erfasst und die Anerkennungsverfahren beschleunigt werden. Der Freistaat stützt die entsprechenden Stellen – wie auf dem Flüchtlingsgipfel vereinbart – mit genug Personal aus. Staatsregierung, Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kammern, Kommunalverbände usw. bilden eine Allianz zur beruflichen Integration von Flüchtlingen. Die Staatsregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass Asylbewerber und Flüchtlinge nicht vom Mindestlohn ausgenommen werden.
  - **Ehrenamt:**  
Die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern sind nachhaltig zu stärken, so wie im Ehrenamtsgesetz der SPD-Fraktion gefordert. Die Finanzen vor Ort müssen gestärkt werden, um hauptamtliche Strukturen zur Koordinierung und Organisation der ehrenamtlichen Hilfe in den Erstaufnahmeeinrichtungen/an den Ankunftsorten zu ermöglichen. Für Ehrenamtliche muss ein Betreuungsangebot geschaffen werden, um emotionalen Belastungen im Zuge ihrer Arbeit vorzubeugen.
  - **Sicherheit:**  
Die an der Grenze der Belastbarkeit arbeitende Polizei ist durch die vermehrte Einstellung von Tarifbeschäftigten zu entlasten. Rechtsextreme Übergriffe werden mit aller Konsequenz verfolgt und geahndet.
  - **Integration:**  
Zur langfristigen Integration wird eine integrationspolitische Infrastruktur in Bayern aufgebaut, u.a. Landesbeauftragter, Landesbeirat, Beiräte in den Kommunen etc., erweiterte politische Partizipation, interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung, Religionsunterricht, Bestattungsregelungen etc.
  - **Legale Zuwanderungswege:**  
Die Staatsregierung unterstützt die Pläne auf Bundesebene, über ein Einwanderungsgesetz legale Zuwanderungswege zu schaffen, um das Asylsystem zu entlasten.

- **EU-Flüchtlingspolitik:**  
Die Staatsregierung unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, faire Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der EU einzuführen. Darüber hinaus muss alles daran gesetzt werden, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), das vergleichbare Standards bezüglich Aufnahme, Registrierung, Unterbringung und Verfahren vorsieht, in allen EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt wird.
- **Fluchtursachen:**  
Zentrales Ziel ist, die Herkunftsländer zu stabilisieren. Die Staatsregierung verstärkt ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Balkanstaaten, um die Heimatländer von Zuwanderern zu entwickeln und Migrationsursachen zu bekämpfen. Insgesamt bemüht sich die Staatsregierung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene um eine Entwicklungspolitik, die sich als Querschnittsaufgabe versteht. Vor allem die Außen-, Sicherheits-, Finanz-, Wirtschafts- und Handelspolitik wird im Hinblick auf ihre Migrationsauswirkungen überprüft und ggf. neu justiert.